Ausgabe vom 10. Februar 2023

Inhalt

Aktuelle Stunde zur Krise auf dem Wohnungsmarkt

Leitantrag zu den Härtefallhilfen

Sonstige Themen der Sitzungswoche

Öffentliche Anhörung im Agrarausschuss

Terminvorschau

Liebe Leserinnen und Leser,

die schrecklichen Bilder aus den Erdbebengebieten in der Türkei und im Norden Syriens lassen uns nicht unberührt. Deutsche Hilfsteams sind bereits vor Ort im Katastrophengebiet im Einsatz, darunter auch ein Rettungshundeteam aus dem Landkreis, das auf die Suche verschütteter Menschen spezialisiert ist. Wir hoffen, dass noch so viele Menschen wie möglich lebend gerettet werden können und die Einsatzkräfte gesund wieder zurückkommen.

Vergangene Woche war ich zu Gast bei unserer Blaulichtfamilie: Beim Neujahrsempfang der Bereitschaftspolizei sowie bei der Hauptversammlung der Feuerwehr Göppingen. Die Berichte und die Gespräche mit den Polizei- und Einsatzkräften haben mir einmal mehr gezeigt, wie wichtig und entscheidend ein gut funktionierendes Sicherheits- und Rettungssystem ist. Unser Landkreis ist in dieser Hinsicht gut aufgestellt. Respekt, Anerkennung und ein großes Danke an unsere Polizei- und Rettungskräfte, die jeden Tag für unsere Sicherheit und unseren Schutz sorgen. Ihre Einsatzbereitschaft ist beispiel- und vorbildhaft.

Im Mittelpunkt dieser Sitzungswoche standen die Härtefall- und Unterstützungsleistungen gegen hohe Energiepreise für Betriebe und Privathaushalte, die Öl, Pellets oder Flüssiggas nutzen. Ebenso setzte unsere Fraktion die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt sowie vorausschauende Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung im Winter 2023/2023 auf die Tagesordnung.

Ihnen alles Gute,

Ihr

Hermann Färber

Hermann Färber MdB

Die Sitzungswoche

Leitantrag der Woche: Ankündigungen zu den Härtefallhilfen gegen hohe Energiepreise sofort umsetzen

Die Bundesregierung hatte auf Druck der CDU/CSU-Fraktion die Entlastung bei den Energiekosten für Betriebe und Privathaushalte, die Öl, Pellets und Flüssiggas nutzen, zugesagt. In der letzten Sitzungswoche wurden dann aber die im Wirtschaftsstabilisierungsfonds vorgesehenen Mittel für die Härtefallregelungen verweigert. In dieser Woche gab es wieder eine Kehrtwende; die Hilfen für Öl und Pellets sollen nun doch an die Betriebe ausgezahlt werden. Jedoch sind die Beschlüsse halbherzig: Es ist mit 25 Mio. Euro weniger als versprochen, die Auszahlungsbedingungen weichen von den mit den Ländern besprochenen ab und Nutzer von Flüssiggasheizungen und Kultureinrichtungen fehlen im Beschluss.

Das Vorgehen der Ampel ist ein verheerendes Signal an die Bürger. Die angekündigten und mit den Ländern vereinbarten Gelder für die Härtefallhilfen müssen vollständig zur Verfügung gestellt werden. Die Menschen müssen sich auf die Ankündigungen der Politik verlassen können!

Zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Kultureinrichtungen sowie Privathaushalte, gerade in ländlichen Regionen, auch bei uns im Landkreis, nutzen Öl, Pellets oder Flüssiggas. Gut 10 Millionen Privathaushalte in Deutschland heizen mit einem dieser Energieträger. Manche Unternehmen haben jüngst sogar gezielt einen Brennstoffwechsel unternommen – auch als Beitrag zur Reduzierung des Gasverbrauchs.

Bildquelle: Canva.

Aktuelle Stunde: Gegensteuern bei der Krise auf dem Wohnungsmarkt

Mit Amtsantritt hatte die Ampel-Regierung das Ziel ausgegeben, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen – davon 100.000 Sozialwohnungen – bauen zu wollen. Mittlerweile hat Bauministerin Geywitz einräumen müssen: Dieses Ziel wird für die Jahre 2022 und 2023 klar verfehlt – und wahrscheinlich auch 2024.

Bereits jetzt sehen wir in vielen Regionen einen erheblichen Mangel an Wohnraum, der durch steigende Zinsen und Materialkosten am Bau sowie einem immensen Fachkräftemangel zusätzlich erschwert wird. Hinzu kommen von der Ampel hausgemachte Probleme: das Chaos bei der KfW-Förderung, überhöhte Standards für die Energieeffizienz oder die Abschaffung bewährter Programme wie dem Baukindergeld. All das verunsichert Bauherren und macht bezahlbares Wohnen zu einer der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit – in der Stadt und inzwischen auch im ländlichen Raum.

Weitere Themen der Sitzungswoche

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde haben wir deutlich gemacht, dass Bauen Planungssicherheit und Verlässlichkeit voraussetzt, Wohnungsneubau nicht nur Wohnraum schafft sondern auch Druck von den Mieten nimmt - ganz gleich, ob es sich um Mietwohnungen, Eigentumswohnungen oder Einfamilienhäuser handelt. Ideologische Einschränkungen sind am Bau fehl am Platz. Wir brauchen umsetzbare Lösungen fürs Bauen und Investieren.

Deutschland auf den Winter 2023/2024 vorbereiten

Die Internationale Energieagentur (IEA) hat jüngst Maßnahmen zur Stabilisierung des Strom- und Gasmarktes mit Blick auf den Winter 2023/2024 vorgeschlagen. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, diesen Maßnahmen jetzt schnell Folge zu leisten. Sonst droht den EU-Staaten im nächsten Winter eine Gaslücke von fast 30 Mrd. Kubikmetern. Gleichzeitig werden unsere Gasversorgung und die Preisentwicklung erheblich von der Lage am Weltmarkt abhängen. Daher beinhaltet unser Antrag einen Energieplan für den Winter 2023/2024, um neben dem Krisenmanagement für den laufenden Winter rechtzeitig auch für den darauffolgenden Winter vorzusorgen.

Fristverlängerung für Infrastrukturausbau in der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder

Mit dem Ganztagsförderungsgesetz vom 02.10.2021 wird ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter ab 01.08.2026 stufenweise eingeführt und der hierfür erforderliche Infrastrukturausbau unterstützt. Insgesamt erhalten Länder und Kommunen für den Ganztagsausbau 3,5 Mrd. Euro Finanzhilfen vom Bund.

Aufgrund der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe in einigen Regionen Deutschlands im Juli 2021 hat sich die Umsetzung der Maßnahmen nach dem Investitionsprogramm erheblich verzögert. Auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde die Laufzeit des Investitionsprogramms deshalb bereits um ein Jahr verlängert. Dennoch konnten in vielen Bundesländern die festgelegten Fristen nicht eingehalten werden. Jetzt könnte es passieren, dass Städte und Gemeinden im Falle eines Widerrufs von Förderbescheiden, Kosten selbst tragen müssten bzw. Bauvorhaben nicht fertiggestellt werden könnten. Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, die Laufzeit des Investitionsprogramms um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Bildquelle: Canva.

Aktuelles aus dem Agrarausschuss

Bildquelle: Canva.

Öffentliche Anhörung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln

Die Anhörung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft hat sich am Montag mit der EU-Strategie „Farm-to-Fork“ befasst, die unter anderem die Reduzierung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft um 50 Prozent bis zum Jahr 2030 vorsieht. Gegenstand der Anhörung war ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion, der eine nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln fordert. Die Biodiversität in der Agrarlandschaft muss erhalten bleiben - wir sind der Ansicht, dass dies auch ohne Qualitätseinbußen und geringere Ernten erreicht werden kann, wenn bedarfsgerecht und effizient vorgegangen wird. Die Belastung der Umwelt sollte durch Innovationen minimiert werden, anstatt auf die pauschale Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln zu setzen.

Unterstützt wurde der Vorschlag vom Deutschen Bauernverband (DBV), dem Industrieverband Agrar (IVA) sowie Sachverständigen wie Prof. Dr. Andreas von Tiedemann, Leiter der Abteilung für Pflanzenpathologie und -schutz im Department für Nutzpflanzenwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen. Sie halten die vorgeschlagene Verordnung der EU für wissenschaftlich nicht begründbar und bemängelten die fehlende Berücksichtigung der Verfügbarkeit von Alternativen.

Das zunehmende Auftreten von Schaderregern in der Landwirtschaft bedrohe wichtige Kulturen der heimischen Produktion und werde zukünftig einen effektiveren Pflanzenschutz erfordern. Ein Rückbau dieser systemrelevanten Technologie werde die Anzahl anbaubarer Kulturarten reduzieren, den Trend zu größeren Betriebsgrößen verstärken und die Importabhängigkeit Deutschlands für Agrarprodukte weiter erhöhen. Wichtig sei, in der Gestaltung der Agrarlandschaft auf eine größere Vielfalt der Lebensräume zu achten.

Links

Link zur Debatte: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw06-pa-landwirtschaft-928492

Link zum Antrag der CDU/CSU: https://dserver.bundestag.de/btd/20/034/2003487.pdf

CDU

Auszüge aus meinem Terminkalender

Terminvorschau

11. Februar: Prunksitzung Festabend Salacher Fasnet e.V.

12. Februar: Schwäbische Fasnet des SWR in Donzdorf

13. Februar: Digitale Kreisvorstandssitzung der CDU Göppingen

14. Februar: Besuch der BIOFACH-Messe in Nürnberg

15. Februar: Gespräch mit Schülern der Realschule Süßen und Vor-Ort-Besuch des Landesinnungsverbands des Dachdeckerhandwerks in Salach

15. Februar: 15 bis 18 Uhr Bürgersprechstunde in meinem Wahlkreisbüro in Süßen

16. Februar: Gespräch im CariSatt-Tafelladen Göppingen

17. Februar: OV-Sitzung der CDU Böhmenkirch

18. Februar: Prunksitzung in Eybach

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro
Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen
Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de

CDU